BILD: SN/IMAGO IMAGES/INDIA

Industrie bremst Inflationsspirale

Eine Zeit lang konnten Unternehmen höhere Produktionskosten locker weitergeben. Jetzt wendet sich das Blatt. Aber nicht alles davon kommt auch gleich bei den Verbrauchern an.

MONIKA GRAF

WIEN. So etwas hatte Walter Woitsch, Chef der Syngroup, noch nicht erlebt. Der auf Industrie spezialisierte Berater kannte die zähen Diskussionen, die Produktionsunternehmen bisher führen mussten, um Preiserhöhungen durchzusetzen. Plötzlich ging das ganz einfach, beschreibt er die „Psychologie" der Preissetzung der vergangenen zwei Jahre: „Eine Firma hat gesagt, wir müssen auch erhöhen, und die andere hat das fast anstandlos akzeptiert. Und die Verbraucher haben es einige Monate später bezahlt."

Diese Phase ist vorüber. „Jetzt geht es in die umgekehrte Richtung", erzählt Woitsch aus der Beraterpraxis. Weil Inflation und Zinserhöhungen die Kaufkraft schmälern und die „Zwangsersparnisse" aus der Coronapandemie langsam aufgebraucht sind, sinkt die Nachfrage, daher müssen die Preise runter. Der Druck wird an die Lieferanten weitergegeben. Kleinere Produzenten

Betriebe reduzieren ihre Einkäufe

müssten Preissenkungen eher akzeptieren, gerade wenn sie an hochgradig konzentrierte Branchen wie den Lebensmittelhandel oder die Automobilindustrie liefern, sagt Woitsch. Die gesunkenen Energie- und Transportkosten helfen Lieferanten dabei ein wenig, können aber nicht alles kompensieren.

Die Folge: Die Betriebe müssen sparen. Abzulesen war das zuletzt am Einkaufsmanagerindex der Bank Austria. Betriebe haben ihre Einkäufe im Juni stark reduziert und ihre Vormateriallager nach unten gefahren, was wiederum die Rohstoffpreise bei einer Reihe von Metallen oder bei Holz sinken ließ.

Ähnlich wie bei Preissteigerungen dauert es, bis die niedrigeren Erzeugerpreise bei den Konsumenten ankommen. Im Herbst sollte die Preisbremse in der Industrie auch in den Verbraucherpreisen spürbar werden, erwarten die Fachleute – wobei erfahrungsgemäß nicht alles weitergegeben werde.

„Lehrbuchmäßig wird es wieder einen unterdurchschnittlichen Beitrag der Industrie zur Inflation geben", sagt der Chefökonom der Industriellenvereinigung (IV), Christian Helmenstein. In der produzierenden Industrie habe die Globalisierung bis zur Covid-Krise für stabile Preise und damit auch für niedrige Teuerungsraten gesorgt.

Ob die Inflationsrate in Österreich hoch bleibe, entscheide sich aber im Dienstleistungssektor, sagt Helmenstein. Dort machen die Personalkosten rund 80 Prozent vom Umsatz aus, verglichen mit zehn bis 15 Prozent in Produktionsbetrieben oder 20 Prozent im Handel. Kollektivvertragserhöhungen schlagen voll auf die Kosten durch. Um hier die Preise zu dämpfen, müsste etwa der Staat mit Gebührensenkungen reagieren oder es dürften die Mieten nicht so stark steigen.

Wenn Energie ein gemeinsames Projekt wird

150 Gemeinschaften für erneuerbare Energie seit 2021 gegründet.

WIEN. Seit der Gesetzgeber im Sommer 2021 grünes Licht für Gemeinschaften zur Erzeugung, Speicherung, Verbrauch und Verkauf von erneuerbarer Energie gegeben hat, wurden 150 solche Einrichtungen etabliert. Sie können als GmbH, Verein oder Genossenschaft organisiert sein, Mitglieder können Privatpersonen, aber auch Gemeinden, lokale Behörden oder Klein- und Mittelbetriebe sein. Vorgabe ist, dass die Gemeinschaft nicht überwiegend auf Gewinn ausgerichtet ist, ökologische und soziale Ziele sind den wirtschaftlichen gleichrangig. Der Österreichische Genossenschaftsverband (ÖGV) hat in Kooperation mit den zum Sektor gehörenden Volksbanken und dem Energieberater Power Solution seither 20 Energiegenossenschaften auf den Weg gebracht. ÖGV-Vorstandschef Peter Haubner sieht die Genossenschaft als ideale Rechtsform für solche Einrichtungen. Sie ermögliche den unbürokratischen Beitritt neuer Gesellschafter und sie erfreue sich wegen der unmittelbaren Partizipation hoher Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern. Zudem biete die Genossenschaft hohe Sicherheit, weil sie der Kontrolle durch einen Revisionsverband unterliege. Laut Roland Kuras, Power-Solution-Geschäftsführer, steht trotz der ersten Fortschritte noch viel Arbeit an, man werde größere Photovoltaikanlagen brauchen und die entsprechenden Flächen. Neben dem Aufholbedarf bei der Erzeugung erneuerbarer Energie müsse der Fokus auf mehr Effizienz gelegt werden. **wie**

KURZ GEMELDET

Emco mit neu formierter Geschäftsführung

HALLEIN. Der Werkzeugmaschinenbauer Emco mit weltweit 800 Mitarbeitern hat eine neue Geschäftsführung: Markus Nolte hat mit Jahresmitte die Position des CEO übernommen. Jörg Weinkogl zeichnet seit Juni für die Bereiche Vertrieb, Service und Marketing verantwortlich und Horst Rettenbacher fungiert als CFO. Nolte hat langjährige Führungserfahrung und war Geschäftsführer eines börsenotierten Luftfahrtzulieferers sowie Vertriebsleiter eines weltweit agierenden Autozulieferkonzerns.

Deutsche Regierung will billigen Industriestrom

BERLIN. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil unterstützt die Idee eines staatlich subventionierten Strompreises für die Industrie. Man brauche eine solche Brücke, bis die erneuerbaren Energien ausgebaut seien und Strom günstiger werde, sagte Heil. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte einen solchen Schritt vorgeschlagen. In einer Zwischenphase bis zum Jahr 2030 soll es demnach einen „Brückenstrompreis" von 6 Cent pro Kilowattstunde für einen „klar definierten Empfängerkreis" geben, wie es in einem Papier heißt. SN, dpa

Unternehmen griffen bei Investitionsprämie zu

WIEN. Um Unternehmen, die sich in der Pandemie zögerlich zeigten, zu Investitionen zu ermuntern, lobte der Staat eine Prämie aus. In der Basisvariante waren es 7 Prozent, bei Ausgaben für Ökologie- und Digitalisierung sowie Gesundheit und Life Sciences 14 Prozent. Laut Wirtschaftsminister Martin Kocher hat sich das gelohnt. Wie das Ministerium am Dienstag mitteilte, seien bisher rund 1,5 Mrd. Euro an Prämien ausgeschüttet und damit Investitionen in Höhe von 17 Mrd. Euro ausgelöst worden. Von den 242.165 zugesagten Anträgen seien rund zwei Drittel bereits positiv erledigt. SN, APA

Inflation in Deutschland legt im Juni wieder zu

WIESBADEN. Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Juni im Jahresvergleich um 6,4 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt mit. Zuvor hatte sich die Teuerung drei Monate in Folge abgeschwächt. Im Mai lag die Rate bei 6,1 Prozent. Die Nahrungsmittel seien weiter der stärkste Preistreiber. Zudem ergebe sich ein Basiseffekt durch 2022 temporär ergriffene Entlastungsmaßnahmen der Regierung – 9-Euro-Ticket und Tankrabatt –, der die aktuelle Inflationsrate erhöht. SN, dpa

Streit um Preis bringt leere Regale

Handel und Industrie bekämpfen sich mit Auslistungen und Lieferstopps.

REGINA REITSAMER

SALZBURG. Statt der sonst gestapelten Müsli-Packerl hängt im Spar-Regal eine Mitteilung: Weil man sich mit dem deutschen Dr.-Oetker-Konzern nicht über den Preis für Vitalis-Müslis einigen konnte, sei das Produkt vorläufig nicht verfügbar. „Derzeit nicht verfügbar" überdeckt auch beim Diskonter Hofer das Preisschild von Erdnüssen und Fertigpizzen.

Spar hat Vitalis-Müslis der deutschen Firma Dr. Oetker ausgelistet. BILD: SN/SAM

80 Prozent der deutschen Lebensmittelhändler beklagten im Juni „Lücken" im Sortiment, so eine Umfrage des Ifo-Instituts. Seien es während der Coronapandemie fehlende Rohstoffe gewesen, die zu Lieferproblemen führten, sei es jetzt der Streit um den Preis, so das Ifo. Lieferstopps durch die Hersteller und Auslistung von Produkten durch den Handel seien dabei eingesetzte Druckmittel. Während in allen anderen Handelsbereichen Lieferprobleme zurückgingen, seien sie bei Lebensmitteln gestiegen.

Die Verhandlungen mit der Industrie seien hart, bestätigt Spar-Sprecherin Nicole Berkmann. „Solange die Preise hinaufgingen, war die Industrie schnell mit Preisforderungen, Preissenkungen will jetzt niemand rasch." So drastisch wie in Deutschland sei die Lage in Österreich nicht, Auslistungen wie jetzt bei Dr. Oetker seien die Ausnahme und träfen nur einzelne Produkte. Auch bei Rewe, wo man schon im vergangenen Herbst mit der Auslistung von Mars und Haribo für Schlagzeilen sorgte, heißt es, man habe sich mit den meisten Lieferanten geeinigt. Überzogene Preisforderungen aber akzeptiere man nicht. Hofer nennt den Brand in einem Pizza-Werk und logistische Probleme als Hauptgrund für kurzfristig fehlende Ware.

Ich dadat Fonds günstiger kaufen.
Mehr auf dad.at/depot
Bitte beachten Sie: Eine Veranlagung in Finanzinstrumente kann zu erheblichen Verlusten führen.
DADAT – Eine Marke der Schelhammer Capital Bank AG MARKETINGMITTEILUNG
DADAT